

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (17. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Lorenz, Baron von Wrangel, Jäger (Wangen), Schulze (Berlin), Graf Huyn, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Hennig, Lintner, Lowack, Frau Berger (Berlin), Böhm (Melsungen), Sauer (Salzgitter), Dr. Schwarz-Schilling, Kittelmann, Dr. Mertes (Gerolstein), Höffkes, Werner, Dr. Wörner, Clemens, Straßmeir, Schwarz, Schröder (Lüneburg) und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/1047 —

Presse- und Informationsfreiheit in der DDR

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU — Drucksache 9/1047 — wird abgelehnt.

Bonn, den 9. Juni 1982

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Ronneburger	Dr. Geßner	Jäger (Wangen)
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Dr. Geßner und Jäger (Wangen)

Der Antrag ist in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Januar 1982 dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen federführend und dem Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 30. Sitzung am 10. März 1982 den Antrag beraten und mit Mehrheit beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Die Fraktion der CDU/CSU machte in den Ausschußberatungen deutlich, daß der schon einmal in der 8. Wahlperiode 1979 gestellte und damals nicht abschließend beratene Antrag (vgl. Drucksache 8/3329) inzwischen noch aktueller geworden sei. In der DDR würden die Journalisten aus der Bundesre-

publik Deutschland in zunehmendem Maße an der Wahrnehmung der ihnen vertraglich zugesicherten Arbeitsmöglichkeiten gehindert. Am 29. April 1982 habe das Ministerkomitee des Europarates noch in einer Erklärung die Regierungen auf die Notwendigkeit verwiesen, den Informationsaustausch und die Informationsmöglichkeiten der Bürger zu stärken.

Die Koalitionsfraktionen verwiesen auf die bereits in der 76. Plenarsitzung vom 14. Januar 1982 eingehend dargelegten Argumente, die auch durch die Darlegungen der Opposition im Ausschuß nicht mehr beeinflußt werden konnten.

Der Ausschuß sprach sich in seiner 31. Sitzung am 12. Mai 1982 mit Mehrheit dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Bonn, den 9. Juni 1982

Dr. Geßner Jäger (Wangen)

Berichterstatter